GRÜNFLÄCHE

Zeitschrift von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen

Ausgabe 2/2022

Landesmitgliederversammlung:

GRÜNE ALS MOTOR DER VERÄNDERUNG

Aus der Bundestagsfraktion:

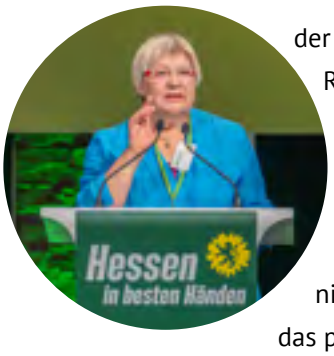
EINDRÜCKE ZUR UKRAINE-KRISE

Landesarbeitsgemeinschaften:

IDEENWERKSTATT VON LANDESVERBAND UND LAG GESUNDHEIT UND PFLEGE

GRUENE-HESSEN.DE

Liebe Freund*innen,



der Angriffskrieg von Putins Russland auf die Ukraine dauert noch immer an. Er bringt unvorstellbares Leid über die Bevölkerung und dominiert leider noch immer das politische Tagesgeschäft. Gaslieferungen aus Russland werden durch Putins Regierung gedrosselt und es wird immer drängender, das fossile Zeitalter zu beenden und die Transformation der Wirtschaft für zukunftssichere Arbeitsplätze und Wohlstand einzuleiten.

Auf unserem Landesparteitag in Bad Hersfeld haben wir eine wichtige Weichenstellung für den im nächsten Jahr anstehenden Wahlkampf getroffen. Einstimmig haben wir den Leitantrag „Veränderung braucht Halt. Halt braucht Veränderung“ beschlossen und damit das Signal gesetzt, in einen echten Dreikampf um die Staatskanzlei einzusteigen. Wir haben mit Tarek einen der beliebtesten Politiker Hessens bei uns GRÜNEN und wir freuen uns, dass er sich der Herausforderung stellen will, als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten anzutreten. Mit dem Schwung und der guten Laune aus Bad Hersfeld beginnen wir die Vorbereitungen für das Wahlprogramm.

Ein großer Dank gilt der Zukunftskommission, die die nötigen Satzungsänderungen für unsere in die Jahre gekommenen Satzungen und Statuten so gut vorbereitet hat, dass wir sie auf dem Parteitag mit überwältigender Mehrheit verabschieden konnten.

Am 9. Juli sind alle Mitglieder eingeladen, beim Zukunftskongress und dem GRÜNEN Tag in Darmstadt dabei zu sein. Hier sollen erste Ideen für das Wahlprogramm entstehen. Freut euch auf die vielfältigen Angebote unserer LAGen, die sich dazu bereits angemeldet haben.

Viel Spaß beim Lesen der Grünfläche!
Eure Sigrid

INHALT

1 GRÜNE als Motor der Veränderung
Landesmitgliederversammlung

3 Bilder von der LMV
Landesmitgliederversammlung

4 Eindrücke zur Ukraine-Krise
Bundestagsfraktion

5 Ein neues Gesicht in der Landesgeschäftsstelle

6 Ideenwerkstatt von Landesverband und LAG Gesundheit und Pflege
Landesarbeitsgemeinschaften

7 LAG Migration, Flucht und Integration
Landesarbeitsgemeinschaften

8 KV Bergstraße
Kreisverbände im Porträt

9 GRÜNE JUGEND Hessen

10 Aus der Landtagsfraktion

IMPRESSUM
Herausgeberin: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen, Kaiser-Friedrich-Ring 77, 65185 Wiesbaden | V.i.S.d.P.: Bärbel Hartmann
Redaktion: Nicole Pink, Tim Krahn | Layout/Gestaltung: Nicole Pink | Anzeigen: Nicole Pink 0611 9892020 nicole.pink@gruene-hessen.de |
Titelbild: Till Haupt | Druck: Juli 2022, Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG, Kassel.

1. Landesmitgliederversammlung 2022:

GRÜNE ALS MOTOR DER VERÄNDERUNG

„Veränderung braucht Halt. Halt braucht Veränderung". Unter diesem Motto fand am 11. Juni 2022 unsere erste Landesmitgliederversammlung des Jahres in der Schilde-Halle in Bad Hersfeld statt. In der modern ausgestatteten Veranstaltungshalle, direkt an der historischen Altstadt gelegen, wurde der Dreikampf um die Staatskanzlei eröffnet: Bei der Landtagswahl im Herbst nächsten Jahres wollen wir GRÜNE stärkste Kraft werden.

In seiner Rede zum Leitantrag betonte unser Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Tarek Al-Wazir die Notwendigkeit, den Strukturwandel, der schon heute vielen Menschen Sorge bereitet, abzufedern: „Deshalb braucht Veränderung immer auch Halt". Um diesen Wandel, der in den letzten Jahren eingeleitet wurde, aktiv und effektiv zu gestalten, „braucht es uns GRÜNE als Motor der Veränderung". Auch der Bundeswirtschaftsminister und stellvertretende Bundeskanzler Robert Habeck unterstrich in einer eingespielten Videobotschaft, dass Veränderung und Halt sich gegenseitig bedingen. Nur durch das Eingehen von Risiko könne man das zukünftige Risiko bändigen.
In dieser schwierigen Zeit tragen die GRÜNEN eine besondere Verantwortung auf Bundesebene, betonte unser Bundesvorsitzende Omid Nouripour: „Der Krieg in Europa, die Corona-Pandemie, die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise – die Aufgaben, die vor uns liegen sind gewaltig". Die Aufgabe von uns GRÜNEN müsse es jedoch sein, sich dieser Verantwortung sowohl auf Bundesebene als auch an der Spitze Hessens zu stellen.

Der Leitantrag macht klar: Wir GRÜNEN wollen bei der Landtagswahl im nächsten Jahr stärkste Kraft werden. Wir haben die nie dagewesene Chance, erstmals in Hessen das Amt des Ministerpräsidenten zu stellen. Tarek Al-Wazir hat in seiner Rede bereits verdeutlicht, dass er für Letzteres bereitsteht: „Nicht nur mein Herz schlägt in Hessen, sondern ich stehe auch mit beiden Beinen in Hessen. Wir haben in diesen herausfordernden Zeiten nicht nur die Pflicht, sondern auch die Lust zur Verantwortung."

Alle Beschlüsse zur Landesmitgliederversammlug findet ihr auf der Website unter: ***gruene-hessen.de/partei/beschluss/***

Neben dem Leitantrag standen auch die Wahl der stellvertretenden Beisitzer*innen für das Landesschiedsgericht und die Wahl der Delegierten für den EGP-Kongress auf der Tagesordnung. Brigitte Abraham, Noreen von Schwanenflug und Jörg Tillmanns wurden von den anwesenden Mitgliedern als stellvertretende Beisitzer*innen für das Landesschiedsgericht gewählt. Beim EGP-Kongress im Dezember in Kopenhagen werden uns hessische GRÜNE Jennifer Trunk, Lara Klaes, Anna Lührmann und Phillip Krassnig als Delegierte vertreten. Es wurden außerdem acht Ersatzdelegierte von der Versammlung gewählt.

Die vom Landesvorstand eingebrachten Satzungsänderungen wurden mit großer Mehrheit angenommen. Die durch den Parteirat eingesetzte Zukunftskommission hatte den Auftrag erhalten, unsere Satzung und Ordnungen an die Bedürfnisse einer gewachsenen Partei anzupassen. Dazu gehört auch das erstmalig beschlossene Vielfaltsstatut. Außerdem wurden Änderungen des Frauen- und LAG-Statuts sowie der Schiedsgerichts- und Finanzordnung beschlossen.

Die aktuelle Satzung und alle Ordnungen und Statuten findet ihr unter: ***gruene-hessen.de/partei/gruene-programme/satzung-ordnungen-statute/***

Interview von Tarek mit Neumitglied Michaela Fries

Tarek: Erzähl mal was von dir.
Michaela: **Mein Name ist Michaela Fries, ich bin 33 Jahre alt und aus dem Hochtaunuskreis. Ich bin da ganz frisch bei den GRÜNEN eingetreten, tatsächlich erst dieses Jahr im Februar und bin aber überraschenerweise direkt in den Kreisvorstand gerutscht. Die Mitgliedschaft war eine lange überfällige Entscheidung. Ich bin im Herzen schon die ganze Zeit GRÜN, beschäftige mich in letzter Zeit viel mit Nachhaltigkeit und mit Umwelt und mache mir Gedanken, welche Welt wir unseren Kindern hinterlassen wollen.**

Tarek im Gespräch mit Michaela Fries.

Tarek: Warum bist du den GRÜNEN beigetreten? Gab es da diesen einen Moment?
Michaela: **Ja, tatsächlich eigentlich die Geburt meiner Tochter. Da habe ich angefangen, mir Gedanken zu machen, wie möchte ich sie großziehen, welche Werte möchte ich ihr mitgeben. Ganz banale Sachen, wie möchte ich sie kleiden, wie möchte ich sie ernähren und so fing das an. Da habe ich angefangen, mir Gedanken zu machen und jetzt bin ich hier.**

Das vollständige Interview findet ihr auf unserem Instagram-Account bei @gruenehessen.

Hessen

Hessen
in besten Händen

in besten Händen

Hessen

in besten Händen

Hessen

Bundestagsfraktion:

EINDRÜCKE ZUR UKRAINE-KRISE

Omid Nouripour *(Bundesvorsitzender, Stv. Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Verteidigungsausschuss)*

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf sein Nachbarland ist eine unermessliche Tragödie für die Menschen in der Ukraine. Diese zahlen tagtäglich einen zu hohen, oft den höchsten Preis. Ihre Souveränität und Freiheit seit ihrer Unabhängigkeit vor drei Jahrzehnten ist massiv gefährdet. Für die Ukraine geht es in diesem Krieg um das Überleben, für Europa um die Zukunft der Demokratie. Der Kreml setzt darauf, die europäische Friedensordnung zu zerstören. Was Putin aber unterschätzt hat, ist die Solidarität und die Widerstandsfähigkeit der Zivilgesellschaften sowie der Staaten in der EU. Die inspirierenden Geschichten von helfenden Menschen könnte eine Blaupause für alle humanitären Krisen sein. Denn die vielen anderen verzweifelten Krisen und Konflikte auf der Welt, die etwa in Syrien oder Libyen auch teilweise vom Kreml mit verantwortet werden, werden derzeit vergessen. Und die Weltgemeinschaft versäumt es jetzt erst recht, beherzt auf die Krisen, beispielsweise im Jemen oder Afghanistan, zu reagieren. Der ursprüngliche Aufruf zur humanitären Hilfe für die Ukraine wurde in Rekordzeit vollständig finanziert – unterstützt durch einen immensen Anteil privater Mittel. Das ist gut, aber leider kein typisches Bild für andere internationale Geberkonferenzen. Dabei sind in Syrien mehr als 13 Millionen Menschen von dem seit elf Jahren andauernden Krieg betroffen. In Afghanistan und im Jemen sterben tausende Menschen, darunter viele Kinder, weil sie nicht genug zu essen bekommen. Die Reaktion auf die Ukraine-Krise sollte der Maßstab für das Handeln auch in anderen Teilen der Welt sein. Um Leben zu retten, Hoffnung zu geben und den menschenverachtenden Kriegstreibern dieser Welt Einhalt zu gebieten.

Dr. Anna Lührmann *(Staatministerin im Auswärtigen Amt)*

Die Ereignisse vom 24. Februar 2022 haben Europa grundlegend verändert. Putin hat im Herzen Europas einen Krieg begonnen. Ich bin für einen sofortigen Waffenstillstand. Worte alleine bewegen einen Aggressor wie Wladimir Putin aber leider nicht zu der Beendigung der unrechtmäßigen Invasion der Ukraine. Deshalb haben wir GRÜNE uns dazu entschlossen, der Ukraine Waffen zur Verfügung zu stellen. Das war alles andere als eine einfache Entscheidung! Mir ist schmerzhaft bewusst, dass jede Waffe Menschen töten kann. Aber die Ukraine hat ein Recht darauf, sich selbst zu verteidigen. Und auch Deutschland muss in der Lage sein, sich und seine Verbündeten vor Aggressoren wie Russland zu schützen. Mit dem beschlossenen Sondervermögen und unserer Unterstützung für die Ukraine haben wir ein klares Stop-Schild für Putin und seine revanchistischen Pläne aufgestellt.

Der Ukrainekrieg hat ebenfalls sehr deutlich gemacht, dass wir sofort GRÜNEN Wandel benötigen. Er ist notwendig, um unseren Planeten und unser Klima zu schützen. Er ist aber auch nötig, um Energiesicherheit in Deutschland zu schaffen und uns damit von autoritären Regimen wie Russland

unabhängig zu machen. Ich wünschte mir oft, dieser Wandel könnte schneller umgesetzt werden. Aber unsere jetzige Regierung agiert nicht im luftleeren Raum. So haben wir beispielsweise Altlasten von den vorherigen Regierungen übernommen, etwa mit deren Unterstützung fossilen Wirtschaftens. Das hat uns von autoritären Regierungen abhängig gemacht. Im September 2021 kamen noch 55% des deutschen Gases aus Russland. Wir konnten den Import bereits auf 40% reduzieren. Trotzdem, wir müssen diesen Wert so schnell wie möglich auf null senken!

Wir müssen aber auch die soziale Sicherheit aller Bürger*innen garantieren. Soziale Sicherheit bedeutet, dass die Grundbedürfnisse gesichert sind, u.a. Lebensmittelsicherheit, Zugang zu sauberen Wasser, adäquaten Wohnraum und Zugang zu Bildung. Während der Corona Pandemie ging die Schere zwischen Armen und Reichen weiter auseinander und immer mehr Kinder wachsen in Armut auf. Das ist eine Schande! Putins Krieg führt nun zusätzlich zu steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen. Dadurch bekommen beispielsweise Familien, Rentner*innen, und Auszubildende Probleme für ihre Lebensmittel, ihre Energiekosten und Mobilität aufzukommen. Das schafft Frustration, die wiederum unsere Demokratie in Gefahr bringt. Ich bin sehr froh darüber, dass die Ampelkoalition diesbezüglich bereits gute Maßnahmen aufgelegt hat. Dazu zählen das Osterpaket, das Anreize schafft, um sehr schnell in erneuerbare Energien zu investieren, genauso, wie das aufgelegte 9 Euro Ticket, dass nicht nur den Geldbeutel entlastet, sondern auch zum Klimaschutz beiträgt sowie das beschlossene Energiegeld. Energiereduktion führt wiederum zu sinkenden Energiepreisen und kann somit zur sozialen Sicherheit beitragen.

Liebe Freund*innen, heute mehr als jemals zuvor, braucht es ambitionierte und leidenschaftliche GRÜNE, die sich für GRÜNEN und nachhaltigen Wandel einsetzen. Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen – ich hoffe ihr auch.

EIN NEUES GESICHT IN DER LANDESGESCHÄFTSSTELLE

Dorothea Markhoff ist seit Anfang Februar neue Mitarbeiterin in der KV-Buchhaltung.
dorothea.markhoff@gruene-hessen.de | 0611 989 20-16

Ein herzliches Hallo an alle zusammen.
Mein Name ist Dorothea Markhoff und ich freue mich sehr, seit dem 01.02.2022 die Landesgeschäftsstelle in der Buchhaltung zu unterstützen. Ich bin gelernte Steuerfachgehilfin und Bilanzbuchhalterin, wohne in Frankfurt/M. und habe zwei erwachsene Kinder im Alter von 22 und 26 Jahren. Trotz meiner Ausflüge in das Feld der Heilpraktikerin für Psychotherapie, der Klangmassage und dem Kreieren von Schmuckstücken bin ich immer wieder in der Welt der Zahlen gelandet.
Wenn ich nicht mit Zahlen arbeite, verschaffe ich mir durch Ausflüge in die Welt der Worte „durch Lesen und Schreiben“ und der Farben „durch Malen“ sowie Spaziergängen in der Natur einen wunderbaren Ausgleich.
Und nun freue ich mich sehr, die Klaviatur der Zahlen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen zu bearbeiten, euch zu unterstützen und Teil eures Teams zu sein. Together we are strong. Bis bald am Telefon, via Teams oder einfach persönlich. Ich freue mich!

LAG Gesundheit und Pflege

IDEENWERKSTATT VON LANDESVERBAND UND LAG GESUNDHEIT UND PFLEGE

Am 7. Mai 2022 fand der 1. Präventionstag der LAG Gesundheit und Pflege in Zusammenarbeit mit dem Landesverband statt – online und inklusive einer Live-Podiumsdiskussion aus der Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden. Über 60 Personen haben sich dafür angemeldet. Das ist ein ganzer Parteirat. Zusammen konnten wir uns bei unseren Fachreferent*innen über Gesundheitsförderung und Prävention informieren, uns austauschen, diskutieren und das Ganze in Ideenpapieren festhalten. Das war das Ziel des Präventionstages und das konnten wir zu unserer vollsten Zufriedenheit erreichen.

Begonnen hat der Tag mit einem Grußwort des Landesvorstandes durch Sigrid Erfurth. Das zweite Grußwort des Tages hielt Kai Klose, unser Minister für Gesundheit und Soziales, live aus der LGS an die Teilnehmenden. Die Einführung zum Thema Gesundheitsförderung und Prävention folgte mit einer Keynote von Professorin Katharina Böhm von der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung (HAGE). Die HAGE ist die wichtigste Fachstelle, die wir in Hessen haben.

Die Workshop-Phase, aufgeteilt in drei Lebensphasen, startete jeweils mit einem kurzen Vortrag unserer Fachreferent*innen, die uns durch den Tag begleiteten. Frau Kreutz-Dombrowsi berichtete im ersten Workshop über ihren Alltag als Schulgesundheitsfachkraft und wie sie die (mentale) Gesundheit aller Schüler*innen verbessert. Im zweiten Workshop informierte Frau Dr. Schol-Tadic zum Thema psychische Gesundheit. Sie zeigte auf, wie sich die Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit der Menschen auswirken. Altersgerechte Städte und das Age-friendly City Netzwerk waren Themen des Vortrags von Harald Wölter aus Münster im Workshop „Gesund im Alter“. Denn die Kommunen sind für alle da, und sie so zu gestalten, dass alle darin gut leben können, ist unsere Aufgabe. In der anschließenden Arbeitsphase wurden Ideen, Projekte und Kernthemen ausgetauscht und auf einer virtuellen Pinnwand gesammelt. In der Live-Podiumsdiskussion mit Kordula Schulz-Asche, MdB (pflegepolitische Sprecherin), Amelie Montigel (Gründerin PflegeGrün) und Professor Benjamin Ewert (Professor für die Politik der Gesundheitsberufe) von der Hochschule Fulda wurde das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln unter dem Ansatz: „Wie bekommen wir die Gesundheitsförderung in den Alltag der Menschen?“ beleuchtet.

Über die rege Teilnahme an der Ideenwerkstatt und den exzellenten inhaltlichen Austausch freuen wir (Sprecher*innen der LAG Gesundheit und Pflege, Andrea Elmer und Omar Jouini) uns sehr: „Das abwechslungsreiche Format wurde sehr gut angenommen, und das Thema Prävention und Gesundheitsförderung steht offenbar bei vielen Menschen im Fokus, insbesondere durch die noch anhaltende Corona-Pandemie. Unsere Partei konnte an diesem Tag ihre Ideen weiterdenken und über den eigenen Tellerrand hinausschauen - was es noch gibt und was es braucht.“

LAG Migration, Flucht und Integration

ENTWICKLUNG IN DER UKRAINE

Als LAG verfolgen wir die kriegerische Auseinandersetzung und den Kampf der Ukrainer*innen um die Souveränität ihres Landes seit der Invasion russischer Truppen in der Ukraine am 24. Februar dieses Jahres mit großer Besorgnis. Bereits in unserer LAG-Sitzung am 26. Februar, zwei Tage nach dem russischen Überfall auf das Land, haben wir unsere Solidarität für die Ukraine bekundet und für die in Hessen lebenden Ukrainer*innen und Russ*innen.

Als LAG sind wir der Überzeugung, dass alle Fluchtursachen völkerrechtlich im Dialog zugunsten von Betroffenen gelöst werden müssen. Die Souveränität eines Staates, wie beispielsweise im aktuellen Fall der Ukraine, ist zu schützen und zu verteidigen. Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine dürfen unter Federführung von Deutschland, der EU- und den NATO-Staaten noch mehr intensiviert werden. Der Ukraine-Krieg wirkt sich global aus und bringt ökologischen und politisch-wirtschaftlichen Schaden mit sich, wie wir ihn seit Ende Februar 2022 erleben. Ein Verfall des Verständnisses von Völkerrecht und Menschenrechten, bis hin zum Genozid im europäischen Raum sind einige Ergebnisse der russischen Invasion in der Ukraine.

Im Fall der Ukraine ist es für uns selbstverständlich, dass wir Menschen, die vom Krieg fliehen, schützend aufnehmen und ihnen menschenwürdige Teilhabe an unserer Gesellschaft ermöglichen. Mit dem Hessischen Aktionsplan für Geflüchtete aus der Ukraine von Anfang Mai 2022 wird dies umgesetzt werden können. Wir begrüßen Oppositionelle und Regierungskritiker*innen aus Russland in Hessen, wollen Dialogräume für Menschen aus Russland und der Ukraine unter dem Schutz von Hessen schaffen und somit die Friedensbewegung in Russland von Deutschland aus unterstützen.
Wir setzen uns dafür ein, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in der Einwanderungs- und Vielfaltsgesellschaft in Hessen durch Solidarität und Miteinander geprägt ist. Deshalb ist die Gleichbehandlung von Geflüchteten und Migranten*innen für uns ein wichtiges Thema. Das Asylrecht gilt für alle Betroffenen, unabhängig von ihrer Herkunft. Krieg und politische Verfolgung sind globale Herausforderungen; Geflüchtete nach ihrer Herkunft zu priorisieren und zu kategorisieren kann sowohl die gesellschaftliche Spaltung als auch ein Vorantreiben rassistischer Tendenzen mit sich bringen.

Es ist unser Anliegen, dass alle Menschen, die bei uns in Hessen Schutz vor Krieg und Verfolgung gefunden haben, sich in Hessen auch in Zukunft sicher und als Teil unserer Gesellschaft angenommen fühlen.

Eine vorausschauende Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik auf den Säulen des Humanismus und der Rechtsstaatlichkeit sehen wir als Fundament für eine sozial-ökologische Einwanderungsgesellschaft.

Über die LAG:

Die LAG versteht sich als Anwältin von Menschen mit Migrationshintergrund. Sie tritt ein für einen menschlichen Umgang mit Geflüchteten und die Durchsetzung derer Rechte auf ein rechtsstaatliches Asylverfahren. Sie engagiert sich für die gleichberechtigte Teilhabe von Migrant*innen in allen gesellschaftlichen Bereichen und will Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in der gesamten Gesellschaft entgegenwirken.

Die Selbstverständlichkeit der gelebten Vielfalt ist der Ausgangspunkt für unsere Arbeit. Wir gestalten unsere Einwanderungsgesellschaft sozial und ökologisch, fair und nachhaltig mit GRÜNER Politik.

KV Bergstraße:
KREISVERBAND IM WANDEL

Der KV Bergstraße ist insgesamt größer, jünger und vielfältiger geworden. Viele Kooperationen in den Gemeindeparlamenten sichern GRÜNE Inhalte. Auch im Kreistag sind GRÜNE wieder in der Verantwortung.

Gegründet hat sich der Kreisverband 1980 und zog erstmals 1985 mit einer Fraktion in den Bergsträßer Kreistag ein, die eine rot-grüne Koalition mit der SPD bildete. Mit Dr. Eva Maria Krüger stellten die Bergsträßer GRÜNEN eine der ersten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten in Hessen. Von den 1990ern bis 2011 waren die GRÜNEN im Kreis in der Opposition.
In der Zwischenzeit wurden in 17 Gemeinden GRÜNE Ortsverbände oder GRÜNEN-nahe Vereinigungen gegründet, die seit langen Jahren auch in den jeweiligen Kommunalparlamenten vertreten sind. In Bensheim bildete sich nach der Kommunalwahl 2001 eine bis 2020 andauernde schwarz-grüne Koalition und mit Matthias Schimpf wurde erstmals in einer Bergsträßer Kommune auch ein GRÜNER hauptamtlicher Stadtrat gewählt.

Teil der GRÜNEN Kreistagsfraktion.

Nach der Kommunalwahl 2011 wurde im Kreis Bergstraße die erste schwarz-grüne Koalition in einem hessischen Flächenkreis gebildet und die GRÜNEN erhielten einen hauptamtlichen Kreisbeigeordneten. 2016 verlor schwarz-grün bei der Kommunalwahl die Mehrheit im Kreistag. Die Zeit bis zur Kommunalwahl 2021 wurde genutzt, die Partei neu zu organisieren: eine neue Geschäftsstelle mitten in der Bensheimer Innenstadt, die Neugründung der GRÜNEN JUGEND Bergstraße und Moritz Müller als junger Direktkandidat für die Bundestagswahl 2017 sorgten für einen kontinuierlichen Zuwachs an Mitgliedern. Bis auf eine historisch bedingte Ausnahme wandelten sich vor der Kommunalwahl 2021 noch bestehende GRÜNEN-nahe Vereinigungen in GRÜNE Ortsverbände um. Viele neue und junge Gesichter traten auf den Listen an und auch die Kreistagsliste wurde deutlich verjüngt. Mit 18,25 % erzielten die GRÜNEN im Kreis ihr nach 2011 zweitbestes Ergebnis und es erfolgte eine Neuauflage der schwarz-grünen Koalition. Matthias Schimpf zieht als Kreisbeigeordneter am 01.08.2022 wieder in das Heppenheimer Landratsamt ein.

Thematisch waren die frühen Jahre geprägt von den Diskussionen rund um das AKW Biblis und den Lampertheimer „Panzerwald“, aber auch um die Installation einer Frauenbeauftragten im Kreis. Die Schaffung von Wohnraum einerseits und der Flächenschutz andererseits sind die aktuellen Herausforderungen im Kreis, der mit seiner Lage inmitten der Metropolregion als Wohn- und Wirtschaftsstandort sehr begehrt ist. Ein weiteres Ziel ist die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in allen Teilen des Kreises, die Erhaltung von Strukturen im ländlichen Raum und die Umsetzung eines Klimaschutzkonzeptes für den Kreis Bergstraße. Mit dem jungen und vielfältigen Team vor Ort können diese Ziele auch erreicht werden.

POLITIK UND IHRE GRENZEN

Laut einer Studie aus dem Jahr 2021 haben vier von zehn Politiker*innen Sexismus-Erfahrungen gemacht. Rein statistisch sind darunter auch nicht wenige GRÜNE. Wir GRÜNE wollen 50% der Macht bei den FINTA*-Personen[1], jedoch gibt es oft auch noch Machtgefälle zwischen den Geschlechtern. Um Geschehnisse wie bei den hessischen Linken zu vermeiden, müssen wir anfangen, elitäre innerparteilichen Grüppchen zu durchmischen, um wirklich 50 Prozent der Macht zwischen den Geschlechtern in der Waage zu halten und Machtmissbrauch zu unterbinden.

Sexismus beginnt bei der Sprache. Allein schon in der Anrede bei einer Rede achtet nicht immer jeder Mensch darauf, alle Geschlechter anzusprechen. Oft zieht sich das generische Maskulinum dann durch die gesamte Rede und das ist ermüdend. Es kommt das Gefühl auf, dass manche Personen dies absichtlich tun, weil sie „Das schon immer so tun". Sprache passt sich mit der Zeit auf die Sprechenden an und das Gendersternchen zerstört auch nicht die Sprache, es erweitert sie und macht sie inklusiver.

Doch mit der Sprache allein ist es nicht getan. Wir müssen anfangen, unangebrachte Sprüche von der Seite als solche anzuprangern, die Betroffenen zu schützen und deren Willen mit zu verteidigen. Grenzüberschreitungen passieren im politischen Kontext dauernd, doch erst wenn wir den Täter*innen aufzeigen, dass ihr Verhalten Grenzen überschreitet, können sie dieses ändern oder Konsequenzen aus ihren Handlungen erfahren. Besonders junge Frauen im GRÜNE JUGEND-Alter und kurz darüber haben stark unter dem Phänomen des Ageismus zu leiden und erfahren in diesem Kontext starke Diskriminierung. Wie oft fällt der Satz „Das junge Ding hat doch gar keine Erfahrung, sie soll erstmal einen ordentlichen Job machen, bevor sie mir xy erklären will" oder sich „um Mann und Kinder kümmern", da sie im gebärfähigen Alter ist. Traditionelle Geschlechterrollen sind auch bei den Männern unserer Partei noch weit verbreitet. Vermutlich ertappt sich jeder Mensch immer wieder dabei, dass sie*er ein Bild von einer Person hatte, welches sich aber extrem von der tatsächlichen Person unterschieden hat. Stigmata sind in all unseren Köpfen, wir müssen alle lernen, diese aufzubrechen und nicht weiter zu reproduzieren.

Ein großes Problem und gleichzeitig die größte Ausrede für Grenzüberschreitungen heißt Alkohol. Gibt es etwas zu feiern oder geht eine Abendveranstaltung länger in den Abend, wird oft am Alkohol nicht gespart. Betrunkene Menschen sind hemmungslose Menschen, die manchmal Dinge tun, die sie am nächsten Tag bereuen. Die gefährlichste Genussdroge fordert ihren Tribut und macht ihrem Namen alle Ehre. Kenn dein Limit und nutze dein unkontrolliertes Konsumverhalten nicht als Ausrede!

[1] FINTA= Frauen, intergeschlechtliche, nicht binäre, Trans und A-Gender-Personen*

Rücktritt Bouffier und Wahl neuer MP und LP

ABSCHIED UND AUFBRUCH

Wir haben gemeinsam Geschichte geschrieben. Der „schwarze Sheriff" Volker Bouffier und die „GRÜNEN Struppies" haben die erste schwarz-grüne Landesregierung in einem Flächenland gebildet – mit großem Erfolg. Aus dem Sheriff wurde ein Landesvater und seit 2014 sogar ein schwarz-grüner Landesvater – was uns GRÜNEN natürlich besonders gefallen hat.

Volker Bouffier beim Abschiedsbesuch in der Fraktion

Der scheidende Ministerpräsident führte die Koalitionsverhandlungen in dem neuen Bewusstsein, auch die andere Fraktion könne Recht haben – das war die Grundlage für über acht Jahre gemeinsamer Politik für Hessen. Wir waren nicht immer einer Meinung, haben vertrauensvoll aber immer eine Einigung erzielen können und die oft sehr unterschiedlichen Ansichten und gesellschaftlichen Gruppen, für die unsere beiden Parteien stehen, zusammengeführt.

Volker Bouffier geht, der Koalitionsvertrag zwischen CDU und GRÜNEN für die gesamte Legislaturperiode gilt weiter. Viele Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag haben wir bereits vollendet oder auf den Weg gebracht, einige gilt es noch zu tun, manches werden wir noch auf den Weg bringen, um ein Jahrzehnt des ökologischen und sozialen Wandels zu gestalten. Und auch mit einem neuen Ministerpräsidenten stehen wir GRÜNE für Klimaschutz, die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende, für Soziales, Bildung, Kunst und Kultur sowie für den Kampf gegen Rechtsextremismus.

Volker Bouffier wird uns dabei sicher interessiert zuschauen – auch ohne Amt. Wir wünschen ihm für seinen Unruhezustand vor allem gute Gesundheit, viel Freude an seiner neuen Freiheit und sind uns sicher, von ihm zu hören – in ganz kurzen Strichen.

Glückwunsch an Boris Rhein, Astrid Wallmann und das Kabinett

Ebenfalls am 31. Mai 2022 haben wir im Hessischen Landtag mit großer Mehrheit den neuen Ministerpräsidenten Boris Rhein und die neue Landtagspräsidentin Astrid Wallmann gewählt. Auch das Kabinett wurde umgebildet. Wir haben Boris Rhein, Astrid Wallmann und dem Kabinett gerne unser Vertrauen ausgesprochen. Denn wir brennen darauf, die Inhalte des Koalitionsvertrags weiter umzusetzen und wo nötig, auch neue Akzente zu setzen.

Eine Redewendung sagt: Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne. Wir wollen unseren Beitrag leisten, damit dieser Anfang gelingt. Mit den beiden Regierungsfraktionen, den vier GRÜNEN Minister*innen, dem neuen Justizminister Roman Poseck und den bisherigen Minister*innen unseres Koalitionspartners, werden wir weiterhin Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben.

Wir geben Orientierung für die Herausforderungen der Zukunft

Die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Boris Rhein hat die wichtigsten Herausforderungen der nächsten Zeit aufgezeigt, sie ist das Arbeitsprogramm unserer schwarz-grünen Koalition in den nächsten Monaten. Wir haben in den vergangenen acht Jahren schon viel bewegt, Hessen ist ein starkes Land, aber es gibt noch viel zu tun, damit es gut werden, oder gut bleiben kann.

Astrid Wallman kurz nach ihrer Wahl zur Landtagspräsidentin

Die Koalition rückt mit der Regierungserklärung von Boris Rhein den Klimaschutz und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen noch stärker in den Mittelpunkt. Der Transformationsprozess der Wirtschaft hin zu Klimaneutralität und Umweltverträglichkeit ist nicht weniger, als der größte Strukturwandel der Wirtschaft seit Beginn der industriellen Revolution. Klima-, Umwelt- und Naturschutz stehen für uns im Zentrum unserer Politik. Darum werden wir ein **Klima-, ein Energie- sowie ein Naturschutzgesetz** vorlegen und die CO2 neutrale Landesverwaltung bis 2030 mit dem Schwerpunkt auf die Hochschulbauten weiter vorantreiben. Die Wiederaufforstung des hessischen Waldes, der Biotopverbund, die Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sowie Vorgaben zur Nutzung von Photovoltaik sind weitere Schwerpunkte unserer Politik.

Ökologischen und sozialen Wandel gestalten

Wir wollen ein Jahrzehnt des ökologischen und sozialen Wandels gestalten. Besonders wichtig ist uns daher neben der Wirtschaftspolitik das Soziale, sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt. Mit dem **Sozialbudget** und den **Rekordinvestitionen für bezahlbaren Wohnraum** schaffen wir wichtige Voraussetzungen. Die Trendumkehr bei der Zahl der Sozialwohnungen ist geschafft. Jetzt wollen wir, dass es Jahr für Jahr wieder mehr Sozialwohnungen gibt.
Gute Bildung macht stark und ist die Grundlage für Erfolg und Teilhabe im Leben. Mit gesonderten Stellenzuweisungen sollen daher **jährlich 50 echte Ganztagsschulen** im Profil 3 an weiterführenden Schulen ermöglicht werden. Denn durch die rhythmisierten Lern- und Übungszeiten können in diesem Profil besonders effektive Fördermöglichkeiten geschaffen werden. Vorgesehen ist zudem der Ausbau der praxisorientierten Erzieher*innenausbildung für die Kitas.
Den gesellschaftlichen Zusammenhalt wollen wir auch durch ein **Demokratiefördergesetz** stärken. Unmittelbar nach Vorlage des durch die Bundesregierung angekündigten Gesetzentwurfs werden wir prüfen, ob dieses auch ein Vorbild für Hessen sein kann. Darin wird auch das Landesprogramm ‚**Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus**‘ mit mehr als 10 Millionen Euro einfließen, das schon jetzt bundesweit zu den am besten ausgestatteten Landesprogrammen zählt.

Vereidigung von Boris Rhein im Hessischen Landtag

Mit einem hessischen **Integrationsgesetz** werden wir noch in dieser Wahlperiode einen weiteren wichtigen Schritt zur Teilhabe aller gehen. Mit dem Gesetz bilden wir einen institutionellen Rahmen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein respektvolles Zusammenleben in Vielfalt und schaffen eine gesetzliche Grundlage für die Arbeit des Landes im Bereich Integration. Wir wollen das Thema Asyl weiterhin auch unter dem Gesichtspunkt der Humanität und nicht nur unter Ordnungsaspekten betrachten, darum arbeiten wir unter anderem an einer Vorgriffsregelung auf das Chancenaufenthaltsrecht des Bundes. Wir werden noch in diesem Jahr ein **Landesaufnahmegesetz** für Flüchtlinge auf den Weg bringen. Dabei haben wir insbesondere die Situation in den Flüchtlingslagern in Jordanien und in Afghanistan im Blick. Mit dem Aktionsplan Ukraine kümmern wir uns erneut bundesweit beispielhaft bereits um die

*Unsere GRÜNEN Minister*innen bei der erneuten Übergabe der Ernennungserkunden durch Boris Rhein.*

Unterstützung der Flüchtlinge aus diesem Land.
Wie wichtig Gesundheit ist, hat uns die Corona-Krise erneut vor Augen geführt. Als wichtige Neuerungen wird es aus den Erfahrungen dieser Pandemie ein Landesgesundheitsamt geben und auch ein **Krankenhausgipfel** ist geplant.
Das Staatsziel Kultur haben wir als Landesregierung in dieser Wahlperiode nachhaltig gestärkt. Mit dem **Masterplan Kultur** wollen wir die wesentlichen Leitplanken für die Kulturpolitik des Landes in den nächsten 10 Jahren setzen. Und dies tun wir in einem umfassenden Dialogprozess. Wir setzen auf die Beteiligung von Kulturschaffenden und Kulturinteressierten. Am Ende des Prozesses soll bis Anfang 2023 ein Beschluss des Kabinetts stehen.
Der **Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehr** ist und bleibt das Rückgrat für die Verkehrswende hin zu einer klimaneutralen Mobilität. Auch eine gute und sichere Infrastruktur für das Radfahren und zu Fuß gehen, kann insbesondere im Alltagsverkehr Beiträge zur Verkehrswende leisten. Als effektive Maßnahme der Verkehrswende wollen wir gemeinsam mit den Städten und Gemeinden das **Kommunalticket** als wichtigen Schritt hin zum Bürgerticket auf den Weg bringen.
Wir wollen Orientierung geben in diesen unsicheren Zeiten und sicherstellen, dass niemand abgehängt wird. Die großen Herausforderungen unserer Zeit dürfen nicht dazu führen, dass zwischen Arm und Reich ein immer größeres Gefälle entsteht. Gleichzeitig braucht es auch Veränderung. Dieser Aufgabe wollen wir uns weiterhin stellen.

KULTURPOLITIK, DAS IST GANZ HESSEN

Ein möglichst breiter Zugang zu kultureller Bildung, die Möglichkeit selbst künstlerisch aktiv zu werden oder die Gelegenheit, Kunst und Kultur als Besucher*in gemeinsam zu erleben, sind ein zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe. Dies trifft in ländlichen Regionen oft auf größere Hürden als in den Ballungszentren. Dennoch ist das Kulturangebot in Hessen auch jenseits der Städte mit zahlreichen kleineren Spielstätten, den soziokulturellen Zentren und den vielen regional, oft ehrenamtlich tätigen Künstlerinnen und Künstlern vielseitig, bunt und von beeindruckender künstlerischer Qualität. Diese kulturellen Schätze fördert das Land durch vielfältige Programme.
Insbesondere der Zugang zu kultureller Bildung von Kindesbeinen an ist von zentraler Bedeutung für kulturelle Teilhabe. Mit dem Förderprogramm „Kulturkoffer“ sind inzwischen 250 Projekte in Höhe von 3,5 Millionen Euro gefördert worden – davon knapp die Hälfte in ländlichen Regionen. Auch die soziokulturellen Zentren leisten in städtischen wie in ländlichen Regionen einen wichtigen Beitrag, deshalb hat das Land die institutionelle Förderung der Zentren inzwischen vervierfacht – von 450.000 Euro auf 2 Millionen Euro jährlich. Nicht zuletzt nach den vergangenen zwei Pandemiejahren sind kultureller Austausch und soziale Begegnung besonders wichtig. Deswegen fördert das Land mit der Neuauflage des Festivalprogramms „Ins Freie!“ auch in diesem Sommer wieder Open-Air-Spielstätten.
Mit dem derzeit laufenden Beteiligungsprozess zum Masterplan Kultur steht das Land darüber hinaus im engen Dialog mit den verschiedenen Akteur*innen der Hessischen Kulturszene, um Zukunftsperspektiven für die Weiterentwicklung der Hessischen Kulturpolitik zu entwickeln. Noch in diesem Jahr soll dieser Prozess abgeschlossen und der Masterplan vorgestellt werden.

Mehr dazu: gruene-hessen.de/landtag/news/kultur

IN KÜRZE

Türkisch als Fremdsprache

Nachdem die Erweiterung des Fremdsprachenkanons an Hessens Schulen um Arabisch, Portugiesisch, Chinesisch und Polnisch im vergangenen Jahr im Landtag bereits beschlossen wurde, startet nun darüber hinaus ein Schulversuch für Türkisch als Fremdsprache. Ab dem kommenden Schuljahr kann das Fach Türkisch zunächst an zwei Schulen ab Jahrgangsstufe 7 als 2. Fremdsprache gewählt werde. Im folgenden Schuljahr wird das Angebot auf weitere Schulen ausgeweitet – alle Schulen, die Interesse haben, können daran teilnehmen. Auf Grundlage dieser Erfahrungen ist dann für das Schuljahr 2024/2025 ein reguläres Angebot von Türkisch als 2. oder 3. Fremdsprache geplant. Türkisch ist dann den Unterrichtsangeboten in anderen Sprachen gleichgestellt.

Wir haben uns in der Koalition für die Berücksichtigung von Türkisch als wichtigster Herkunftssprache in Hessen und Deutschland immer wieder beharrlich eingesetzt. Dass das Angebot nun kommt, ist ein toller Erfolg. Entscheidend für uns GRÜNE ist dabei die Verständigung auf das Ziel des Regelbetriebs ab dem Schuljahr 2024/2025. Der Weg über einen Schulversuch ist kein Versuch der Verhinderung, sondern ein notwendiger Kompromiss zur Erreichung dieses Ziels.

Kein Platz für Hass und Hetze

Zum fünften Mal hat die AfD erfolglos versucht, das Amt des Vizepräsidenten des Hessischen Landtages zu erhalten – diesmal mit einem besonders brisanten Personalvorschlag: Andreas Lichert zählte sich selbst bis zu dessen Auflösung zum „Flügel" der AfD, den der Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft hat. Seine Gesinnung ist immer noch die gleiche: Im ersten Mai-Plenum vor einem Monat bediente er sich mehrfach eines antisemitischen Codes und knüpfte damit an die Stereotypen der Nazis an. Die AfD redet regelmäßig verächtlich über das Parlament und die darin vertretenen Fraktionen. Obwohl die AfD den Landtag und die demokratischen Institutionen verachtet oder verächtlich macht, wollte sie dennoch die Position eines Vizepräsidenten besetzen. Die demokratischen Fraktionen haben das nicht zugelassen. So haben wir die AfD daran gehindert, auch noch vom Sitz des Präsidenten des Hessischen Landtages aus Hass und Hetze zu verbreiten. Denn die AfD ist keineswegs eine konservativ-bürgerliche Partei und arbeitet immer wieder mit Rassisten und Rechtsextremisten zusammen.

Neue Schienen für Frankfurt

Verkehrswende geht nicht ohne ein leistungsstarkes und attraktives Schienennetz. Gerade in Ballungsräumen – deswegen bauen wir das hessische Schienennetz kontinuierlich aus. Der Spatenstich am 16. Mai zum Bau der Regionaltangente West – die der erste Schritt zu einem echten Schienenring um Frankfurt sein wird – war für uns ein willkommener Anlass, auf unsere Erfolge beim Ausbau des hessischen Schienennetzes hinzuweisen.

Natürlich bleibt trotzdem noch viel zu tun. Umfangreiche Ausbauprogramme, wie S-Bahnplus und Rhein-Mainplus, befinden sich in der Umsetzung. Dazu kommen Schienenreaktivierungen, die wir unterstützen. In Hessen steht in diesem Zusammenhang seit 2020 eine Rekordsumme von rund 20 Milliarden Euro für verschiedene regionale, überregionale und Reaktivierungsprojekte bereit.

NOCH NÄHER DRAN MIT UNSEREN NEWSLETTERN!

Hier in der GRÜNFläche informieren wir Euch regelmäßig über die Arbeit der Landtagsfraktion. Wer noch schneller und umfassendere Informationen haben möchte, sollte unsere(n) Newsletter abonnieren.

Mehr dazu unter: gruene-hessen.de/landtag/newsletter

BWE
Bundesverband WindEnergie

Bild: BayWa r.e.

BWE ARBEITSPLATZINITIATIVE

Die Windenergiebranche bietet Jobs mit Perspektive

JETZT Teil der Energiewende werden!
Finden Sie hier Ihre berufliche Zukunft.